



- ◀ 3 Mäßig: Klimagipfel in Durban
- ◀ 4 Unsozial: Bilanz des Pflegejahres 2011
- ◀ 5 Gefährdet: Dokuzentrum »Duisburg in der Nazizeit«
- ◀ 5 Beunruhigend: Personalfuktuation am Klinikum Wedau



- ◀ **Beilage »Ratsfraktion aktiv«**
Kommunalhaushalt 2012, Handlungskonzept Hochfeld, Hafen AG verteidigen, Debatte ums Factory Outlet in Hamborn – alles Themen, die die Ratsfraktion bearbeitet.



Horst-Werner Book

Der 50. Standpunkt ist da!

11 Jahre gegen Trott und Trend der Zeit

■ **Liebe Leserin, lieber Leser,** der Standpunkt hat in den letzten 11 Jahren einen festen Platz unter den »kleinen« Duisburger Medien erobert. Weit über eine Million Standpunkte wurden in den vergangenen Jahren an Duisburger Bürger verteilt, mal gesteckt in Briefkästen, mal an Infoständen oder bei Aktionen. Herausgeber ist DIE LINKE Duisburg. Der Standpunkt erscheint vier bis fünfmal im Jahr mit je 16 Seiten und einer kostenlos verteilten Auflage von meist 25.000 bis 30.000 Exempla-

ren. Die Zeitung finanziert sich vor allem durch Spenden. Viele fleißige Helferinnen und Helfer, nicht nur Mitglieder der LINKEN, verbreiten den Standpunkt in weiten Bereichen unserer Stadt, von Walsum bis Hüttenheim, von Wedau bis Baerl. Ohne dabei rot zu werden – denn wir sind es schon – können wir als Redakteurinnen und Redakteure auch ein bisschen stolz darauf sein, Ihnen viele Nachrichten geliefert zu haben, die andere verschweigen oder verdrehen und verfälschen. Seine Seiten

sind überwiegend gefüllt mit Artikeln, die Partei ergreifen gegen soziales Unrecht und Ausgrenzung, für soziale Gerechtigkeit und fortschrittliche Kommunalpolitik, gewürzt mit Kommentaren und Kurznachrichten, Bildern von weniger schönen und schönen Seiten der Stadt, Berichten von Reichtum und wachsender Armut, garniert mit Comics und Unterhaltung für jedermann. Ja, es soll sogar eine Reihe von Menschen in Duisburg geben, die sagen: » Weiter auf Seiten 6 und 7

Linker Aschermittwoch der LINKEN am 22.02.2012 in Kaßlerfeld. Mit Sahra Wagenknecht. » Rückseite



»Aschermittwoch der LINKEN? Igitt, da komm ich nit.«

FOCDU mit gezinkten Karten

| Edith Fröse

■ Wer im Internet bei Google »FOC Hamborn« eingibt, trifft an vorderster Stelle nicht etwa auf den Initiator Enzweiler von der CDU, sondern auf ein »Pro & Contra« der LINKEN Duisburg. »Große Chance für den Duisburger Norden« meinen die einen, die anderen urteilen »überflüssiger Konsumtempel für Betuchte«. Diese Debatte liegt vier Jahre zurück. Eine Paketlösung fand schließlich, bei vielen zum Teil zähneknirschend, Akzeptanz: für die Errichtung des 11. deutschen Factory-Outlet-Centers und zweier Parkhäuser wird die Rhein-Ruhr-Halle abgerissen. Das Grundstück, auf dem die vernachlässigten städtischen Gebäude Rhein-Ruhr-Halle und Stadtbad Hamborn stehen, wird verkauft, aus dem Erlös wird an anderer Stelle eine neue moderne Sport- und Veranstaltungshalle gebaut. Zu keinem Zeitpunkt war von einer Erweiterung der Shopping-Meile die Rede. Damit verbunden ist ein Abriss von rund 400 Wohnungen, in denen ca. 1.000 Menschen leben. Dass der Hamborner Bezirksvertreter Enzweiler (CDU) selbst wenige Wochen vor der entscheidenden Ratssitzung im Herbst letzten Jahres diesen Sachverhalt unerwähnt lässt, kann nur als Trickserie aufgefasst werden. Erst aus der Presse erfuhren die betroffenen Mieter, dass sie vertrieben werden sollen. Das Wohnrecht der rund um den Zinkhüttenplatz wohnenden Menschen war nicht in die Planungen einbezogen worden. DIE LINKE Duisburg steht solidarisch an der Seite der Mieter und unterstützt sie in ihrem Kampf um ihr Recht auf Wohnen.

Bürgerbegehren erleichtert

| Anna Conrads, Duisburger Landtagsabgeordnete der LINKEN, Mitglied im Kommunalausschuss

■ Der NRW-Landtag hat Ende 2011 eine Erleichterung von Bürgerbegehren und – entscheiden beschlossen. Die Anforderungen an das erforderliche Quorum für einen Bürgerentscheid wurden teilweise gesenkt: Bislang war die Zustimmung von 20 Prozent der Stimmberechtigten erforderlich. Künftig ist das Quorum nach Größe der Städte gestaffelt. Für Großstädte mit mehr als 100.000 Einwohnern sinkt das Quorum auf zehn Prozent der Stimmberechtigten, von 50 000-100 000 auf 15 %, in kleinen Städten bleibt es so hoch. Auch der Kostendeckungsvorschlag ist – nicht zuletzt auf Druck der LINKEN und Vereinen wie Mehr Demokratie e.V. – entfallen. Bisher mussten die InitiatorInnen von Bürgerbegehren immer vorschlagen, wie sie ihr Vorhaben finanzieren wollen. Diese Vorschläge müssen nun von der Verwaltung kommen. DIE LINKE wollte außerdem Bürgerentscheide über Großprojekte wie den Bau von Kraftwerken oder den Ausbau von Häfen und Flughäfen zulassen. Gerade bei solchen Projekten engagieren sich BürgerInnen stark, wie z. B. Stuttgart 21 oder die Duisburger BI gegen Häuserabriss zeigen. Anders als in einigen anderen Bundesländern, wie z.B. Bayern, schließt die NRW-Gemeindeordnung Bürgerbegehren zu diesen Themen aus. SPD und Grüne zogen leider nicht mit – vor so viel Demokratie schreckte Rot-Grün dann doch zurück. Nicht zuletzt forderte DIE LINKE außerdem, auch EinwohnerInnen, die nicht aus der EU kommen, die Teilnahme an Bürgerentscheiden zu ermöglichen – sie bleiben leider von dieser Teilhabemöglichkeit weiter ausgeschlossen.

Nach der Abwahl ...

| Thomas Keuer, Kreisvorstand DIE LINKE Duisburg

■ ... am Sonntag um 18 Uhr schließen die Wahllokale. Die Stadt amtet auf und dem Neubeginn steht nichts mehr im Weg. Oder doch? Eine der meist gestellten Fragen lautet: Wer kommt nach Sauerland? Wissen die Parteien nichts oder soll es kurz nach dem 12. Februar eine Überraschung geben. SPD, DIE LINKE und die Grünen wären gut beraten, den Wunsch vieler Menschen aufzunehmen und sich auf einen gemeinsamen Kandidaten zu verständigen. Ob und in welcher Partei der oder die OberbürgermeisterIn Mitglied ist, ist nicht entscheidend. Entscheidend sind die Kriterien, die ein Kandidat oder eine Kandidatin zu erfüllen hätte. Fachliche und soziale Kompetenz, Personal- und Menschenführung und, für DIE LINKE besonders wichtig, es darf kein Verfechter neoliberaler Politik, wie der für Hartz-IV, der Privatisierung und des Ausverkaufs öffentlicher Daseinsvorsorge, sein. Nicht zuletzt soll der Oberbürgermeister versöhnen statt die Stadt weiter zu spalten. Die städtischen Beschäftigten und die Bürger unserer Stadt verbindet der Wunsch nach einer Vertretung nach innen und außen, für die sich niemand schämen muss. Für dieses Ziel lohnt es sich, auch nach dem 12. Februar einzutreten. Die politische Streitkultur hat seit der Loveparade genug gelitten. Wir haben es in der Hand, den Angehörigen der Opfer und allen Interessierten, die nicht in Duisburg leben, zu zeigen: DUISBURG kann besser ohne Sauerland.

Macht und Verantwortung

Am 12. Februar haben die Bürgerinnen und Bürger das Wort



von Edith Fröse
Sprecherin DIE LINKE Duisburg

■ Die CDU Duisburg und ihr Oberbürgermeister Adolf Sauerland kleben an der Macht. Auch 18 Monate nach der Loveparade-Katastrophe wird die Übernahme politischer Verantwortung abgelehnt. Die von insgesamt über 79.000 Duisburgern mit ihrer Unterschrift ermöglichte Abwahl von Adolf Sauerland wird als Wahlkampf politischer Gegner abgetan. Es wird einfach ignoriert, dass das Gros der Bevölkerung dem Stadtoberhaupt übelnimmt, sich bis heute zu weigern, die politische Verantwortung für die Loveparade-Katastrophe zu übernehmen, bei der am 24. Juli 2010 insgesamt 21 junge Menschen zu Tode kamen und über 500 Personen verletzt wurden.

»Politische Verantwortung? Bei wem? Und von wem?« wird Sauerland zitiert und nutzt das Wir-Gefühl der Kommune, wenn er zugleich antwortet: »Es wird nicht die Stadt Duisburg sein.« Mit diesem dialektischen Winkelzug lenkt er zum wiederholten Mal von seiner politischen Verantwortung ab und erweckt den Eindruck, als ginge es darum, zu verhindern, dass die Verantwortung auf die städtischen Bediensteten abgewälzt werden soll. Nein, aber er als der gewählte Oberbürgermeister hätte die Katastrophe verhindern können. So wie es seine Amtskollegin, die Oberbürgermeisterin der Stadt Bochum, ein Jahr zuvor entschieden hatte. Sauerland behauptet, keinen Entscheidungsspielraum gehabt zu haben und verweist auf den Ratsbeschluss zur Loveparade. Dabei

12. Februar 2012
Stimmen Sie der Abwahl zu, so stimmen Sie mit »Ja«, lehnen Sie die Abwahl ab, so stimmen Sie mit »Nein«.



hat er den Rat über mögliche Probleme bei der Durchführung einer solchen Massenveranstaltung im Unklaren gelassen. Selbst die Forderung der LINKEN nach Vorlage eines sicheren Verkehrskonzeptes hat er nur widerwillig umgesetzt.

Sauerlands Griff in die Trickkiste, dann sofort zurückzutreten, wenn Fehler der Stadt Duisburg zur Katastrophe geführt hätten, ist ein weiteres Ablenkungsmanöver von seiner politischen Verantwortung. Damit tut er so, als ginge es um Schuld und Sühne im strafrechtlichen Sinne und nicht um Machtausübung und Verantwortung. Sauerland kann und will nicht zugeben, dass seine grenzenlose Profilierungssucht die Ursache für die gesamte Tragödie vom 24. Juli 2010 geworden war.

Die Menschen in Duisburg haben es nun in der Hand, ihn als den Verantwortlichen für die Loveparade 2010 abzuwählen.



Gipfel gut – Klima schlecht?

UN-Klimakonferenz 2011 in Durban



von Charlotte Weyers
Ortsverband Hamborn, für
DIE LINKE als sachkundige Bürgerin
im Umweltausschuss

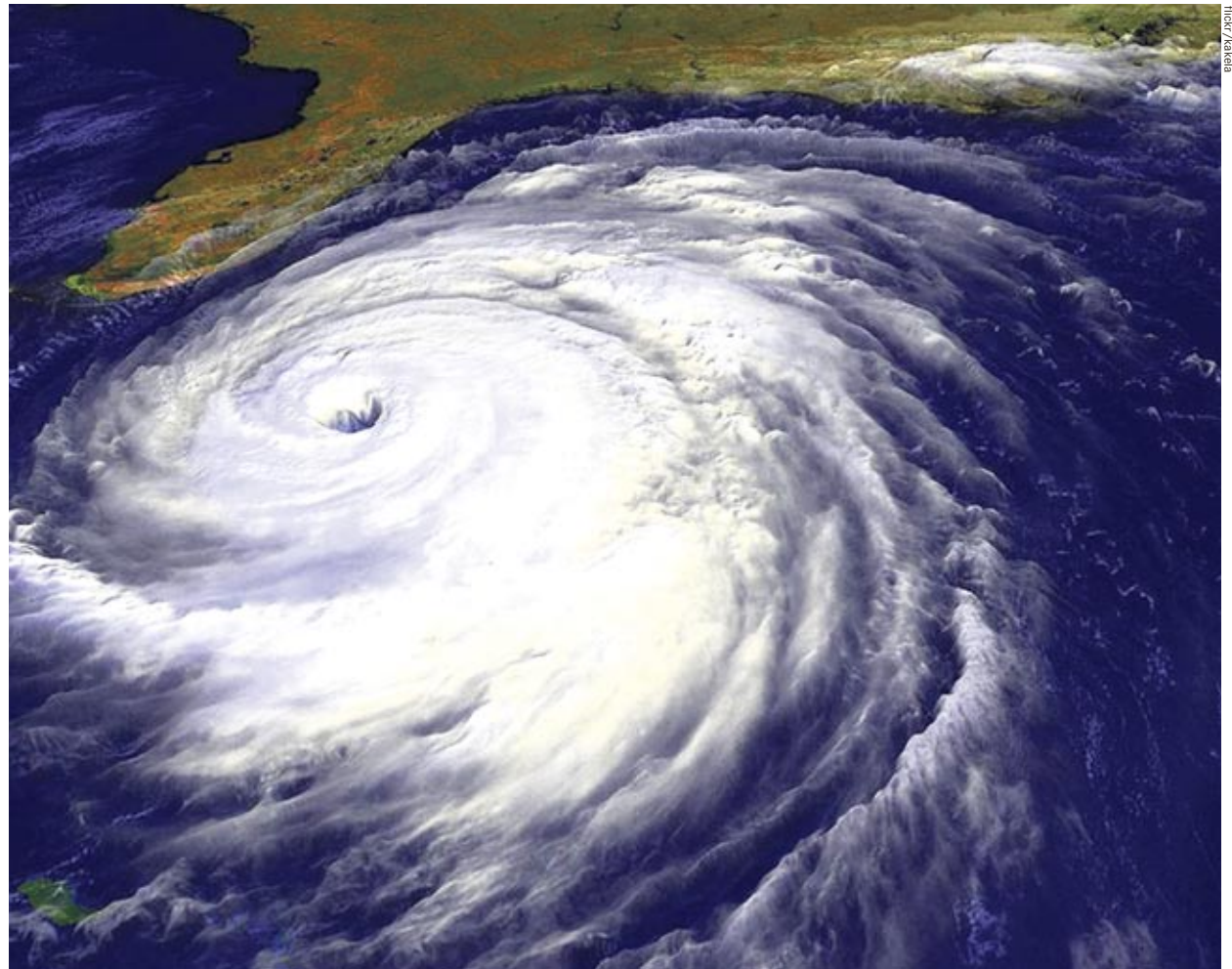
Politik und Diplomatie lehnten sich nach dem Marathon-Gipfel vom Dezember 2011 in Südafrika zufrieden zurück. »Es war ein riesiger Schritt nach vorn«, so Bundesumweltminister Röttgen (CDU), »das Paket von Durban ist ein großer, wegweisender Erfolg für den Klimaschutz«. Misst man die Ergebnisse der Konferenz an der Notwendigkeit, die Erderwärmung noch irgendwie zu bremsen – realistischer: die Erwärmung auf nicht mehr als 2°C zu begrenzen, denn aufhalten lässt sie sich nach allen ernsthaften Forschungsergebnissen nicht mehr – dann sind die Ergebnisse jedoch mehr als enttäuschend. Wieder einmal drohen Jahre verloren zu gehen.

Das Hauptaufgabe, ein umfassendes, verbindliches internationales Klimaschutzabkommen zu erzielen, wurde nicht gelöst. Klimafragen sind immer auch Verteilungs- und Gerechtigkeitsfragen zwischen reichen und armen Ländern und abhängig von den politischen Kräfteverhältnissen in den Ländern selbst. Das macht ernsthafte Fortschritte so kompliziert, aber keineswegs unmöglich. Die Delegierten aus 194 Ländern haben sich nach fast zwei Konferenzwochen bestenfalls darauf geeinigt, die Inhalte des Kyoto-Protokolls weiter gelten zu lassen. Eine neue Verpflichtungsperiode soll ab 2013 beginnen. Wann sie enden soll, welche Minderungszahlen für klimaschädliche Gase festgeschrieben werden, blieb ebenso offen wie die Frage, welche Länder sich weiterhin dem Kyoto-Protokoll verpflichtet sehen. Viele der ursprünglichen Unterzeichnerländer haben es nämlich entweder nicht ratifiziert (USA z. B.) oder

»Die reichen Länder haben immer noch einen Anteil von über 80 % am weltweiten CO₂-Ausstoß und wollen anderen vorschreiben, wie und in welchem Umfang Emissionen verringert werden sollen. Die USA hatten zwar das Kyoto-Protokoll unterzeichnet, es aber nie ratifiziert.«

sind ausgetreten. Die verbliebenen Staaten sind »nur« noch für ca. 15% der globalen Emissionen verantwortlich.

Das ursprüngliche Ziel, die Inhalte von Kyoto weiter zu fassen, sie vor allem in einem Weltklimavertrag verbindlich zu machen, wurde nach dem zweimaligen Scheitern der Klimagipfel in Kopenhagen und Cancun (Mexiko) auch in Durban wieder nicht erreicht.



Beschlossen wurde ein Fahrplan für einen solchen Vertrag, der zwischen 2012 und –15 ausgearbeitet werden soll. In Kraft treten könnte er frühestens im Jahr 2020. Für den Kampf gegen die katastrophenträchtige Klimaerwärmung bedeutet das neun weitere verlorene Jahre.

Schwierige Verhandlungen

Manche kritische Beobachter sprechen nicht von einem kompletten Scheitern der Konferenz. Zum ersten Mal sei es gelungen, die USA,

Indien und China in die Erarbeitung des neuen Abkommens mit einzubeziehen. Diese hatten sich bisher aus unterschiedlichen Motiven gegen Verbindlichkeiten gewehrt. Die Länder des Südens wie Indien, Pakistan, Bangladesch haben bisher viel weniger Emissionen verursacht als die reichen Industrieländer des Nordens und sehen deshalb nicht ein, wieso sie jetzt nicht aufholen dürfen. Sie argu-

mentieren: Die reichen Länder haben immer noch einen Anteil von über 80 % am weltweiten CO₂-Ausstoß und wollen anderen vorschreiben, wie und in welchem Umfang Emissionen verringert werden sollen. Die USA hatten zwar das Kyoto-Protokoll unterzeichnet, es aber nie ratifiziert. In Durban ist es einigen Europäischen Delegationen immerhin gelungen, eine Art Schulterchluss mit den armen Ländern hinzubekommen, so dass diese sich jetzt an der Erarbeitung eines verbindlichen internationalen Abkommens beteiligen wollen. Die Erwärmung der Erde wird das jedenfalls nicht aufhalten. Und was eine Nach-Obama-Regierung in den USA alles noch verzapft, ist eher beunruhigend.

Klimafonds

Die Einrichtung eines Klimafonds wurde bereits in Cancun beschlossen. In Durban wurde ein Arbeitsprogramm beschlossen, um Richtlinien auszuarbeiten, Personal einzustellen usw. Um den Sitz des Fonds bewarb sich unter anderem auch Deutschland. Bis zum Jahr 2020 soll der Fonds auf 100 Mrd. Dollar jährlich anwachsen und die armen Länder bei der Anpassung an die Folgen des Klimawandels unterstützen, aber auch dabei helfen, stärker kohlenstoffarme Energieträger zu nutzen. Welche Länder verbindlich einzahlen, blieb allerdings offen. Ähnlich wie beim – nicht beschlossenen – weltweiten Waldschutzprogramm

REDD (Reducing Emissions from Deforestation and Degradation – Verringerung von Emissionen durch Stopp von Raubbau und Waldzerstörung) wird die Hoffnung auf private Finanzquellen und Marktmechanismen gerichtet. Das könnte bedeuten, dass Energiemultis und emittierende Industrien sich mit Geld für Klimafonds und Waldschutz wieder freikaufen.

Wie weiter?

Selbst mit einer sofortigen und drastischen Verminderung der Treibhausmissionen ließe sich der Klimawandel nicht mehr aufhalten. Wie die Folgen vor allem für die armen Länder gemildert werden können, wie der weitere Anstieg der Erderwärmung wenigstens begrenzt werden kann, das alles wurde vielfach in Durban erklärt und beschrieben. Das nützt leider nur wenig, solange profitorientiertes Wirtschaften immer noch auf weiteres klimaschädliches Wachstum ausgerichtet ist.

Die Energiewende in den Hauptverursacherländern müsste viel konsequenter vorangetrieben werden und die Unterstützung der armen Länder bei der Energiewende müsste viel stärker ausfallen als bisher. Der Weltklimagipfel hat keine Probleme gelöst, es gibt aber immerhin die Entscheidung, ein neues und verbindliches Abkommen in Kraft treten zu lassen. Wer weiß, wann es kommt und was es noch bewirken kann.

Kräftige Lohnerhöhung für öffentlichen Dienst erforderlich

■ Am 1. März beginnen die Tarifverhandlungen für die Beschäftigten der Stadt Duisburg und der städtischen Betriebe. In allen Verwaltungen und Betrieben wurde zuvor über die Tarifforderung diskutiert (die genaue Höhe der Forderung stand bei Redaktionsschluss noch nicht fest). Die Forderung der Gewerkschaft ver.di dürfte zwischen 6 und 7 % mit einer sozialen Komponente liegen. Für die Beschäftigten kommt es jetzt darauf an, nicht von der allgemeinen Einkommenserhöhung anderer Tarifbereiche abgekoppelt zu werden.

10 Jahre Riester

■ Verbraucherexperten haben 10 Jahre nach der Einführung der Riester Rente Bilanz gezogen. Ergebnis: mangelhaft. Bislang haben lediglich 40 Prozent der Anspruchsberechtigten überhaupt einen Riester-Vertrag abgeschlossen. Im unteren Einkommensbereich noch deutlich weniger. Wer sich zum Riestern entschlossen hat, wird enttäuscht. In Vielen Fällen erhalten sie nur so viel Rendite, als hätten sie ihr »Kapital im Sparstrumpf gesammelt«, kritisierten die Experten. Sie fordern gleich mehrere Reformen. Die Riesterrente soll transparenter und die Vergleichbarkeit der Produkte verbessert werden. Die DIE LINKE fordert einen grundlegenden Kurswechsel in der Rentenpolitik. Die gesetzliche Rente muss wieder zum Zentrum der Alterssicherungspolitik werden und den Lebensstandard im Alter sichern.

Rente mit 67

■ Die Rente erst ab 67 ist eine brutale Rentenkürzung. Nur wenige Menschen können aus einer Erwerbsarbeit in die Rente wechseln. Immer mehr Rentnerinnen und Rentner wird die Rente durch Abschläge gekürzt. Auch in anderen Parteien wird nun die Aussetzung der Rente erst ab 67 gefordert. DIE LINKE steht konsequent gegen die Rente erst ab 67. Mit einer Initiative im Bundestag auf sofortige Aussetzung bieten wir allen Abgeordneten die Möglichkeit, gemeinsam mit uns Politik für die Menschen zu machen. Spannend bleibt, wie sich die Mitglieder der SPD-Fraktion dazu verhalten werden.

Gesundheit ist keine Ware

Rückblick auf das »Jahr der Pflege« 2011



von Sylvia von Häfen
Sprecherin der LINKEN Ortsverband
Duisburg-Süd

■ Im Januar 2011 rief der damalige Gesundheitsminister Philipp Rösler (FDP) das »Jahr der Pflege« aus. Was ist seitdem geschehen?

Philipp Rösler ist jetzt Wirtschaftsminister und Daniel Bahr (FDP) hat das Gesundheitsministerium übernommen. Philip Rösler initiierte Dialogreihen, in denen Experten sich die »Pflegeprobleme« zur Brust nahmen wie z. B. den

im Bundestag und im Landtag Gesetzesänderungen eingebracht, die die Problematik der Pflege aufgriffen. Allerdings wurden diese von den anderen Parteien nicht mitgetragen.

Worüber reden wir? Wir reden über die unhaltbare Situation der Hebammen, über die Arbeitsbedingungen der Pflegekräfte, über moderne Sklaverei in der 24-Stunden-Betreuung und auch über die hohen Zahlen der Krankenhausinfektionen in Deutschland. Dies sind nur eine Handvoll der Probleme, die wir schon seit langer Zeit bewältigen sollten, aber unter einer neoli-

dustrie Gesetzestexte formuliert und die gesetzliche Krankenversicherung untergraben wird. Wir, DIE LINKE, fordern ein Gesundheitssystem, welches sich an der UN-Charta für Menschenrechte und unserem Grundgesetz orientiert. »Die Würde des Menschen ist unantastbar.« Wie schaffen wir ein Gesundheitswesen, das die ungeteilte Menschenwürde in den Mittelpunkt stellt, das medizinische Leistungen und Pflege nicht nach dem Geldbeutel verteilt? Wir, DIE LINKE, setzen uns für eine solidarische Bürgerversicherung ein und lehnen »Kopfpauschalen«



Fachkräftemangel, Demographie und die Ausbildung, aber außer heißer Luft ist dabei nicht viel herumgekommen. Die Gesetze, die im »Jahr der Pflege« von Bundestag verabschiedet wurden, hatten nichts mit der Pflege zu tun. Es ging mehr um Gebühren- und Packungsgrößenverordnungen, um die Einführung eines neuen Entgeltsystems oder das Transplantationsgesetz. Im letzten Jahr haben wir hier im Standpunkt viele Probleme in der Pflege aufgezeigt und auch Lösungsvorschläge gemacht. DIE LINKE hat

beralen Regierung ist nicht damit zu rechnen, dass sie mit der notwendigen Konsequenz angegangen werden. Das führt uns eindeutig zu einem der größten Probleme des Gesundheitswesens in Deutschland: den Lobbyismus!

DIE LINKE ist die einzige Partei im Bundestag, die keine Spenden der Versicherungsbranche, Pharmaindustrie oder der Hilfsmittelhersteller bekommt. Auch lehnen wir es ab, dass die Arbeitgeber aus der solidarischen Verantwortung entlassen werden oder dass die Pharmain-

ab. Jeder erwachsene Einkommensbezieher muss sich prozentual daran beteiligen, egal wo das Einkommen herkommt.

Wir wollen die Rückkehr zur Beitragsparität, bei der der Arbeitgeber den gleichen Anteil an der Versicherung tragen muss wie der Arbeitnehmer. Ein System, das die Pflegeversicherung abschafft, das Deckelung und Fallpauschalen rückgängig macht, das die explodierenden Arzneimittelkosten unter Kontrolle bringt und die Profite der Pharmakonzerne beschneidet, das die Arbeitszeit und Arbeitsbelastung für Pflegepersonal und Krankenhausärzte verringert und für eine bessere Vergütung sorgt.

Damit jeder Patient – unabhängig von seinem Einkommen und seiner Stellung – die beste Behandlung, die besten Medikamente, Hilfsmittel und die personelle Betreuung erhält, derer seine Erkrankung oder Hilfsbedürftigkeit bedarf. Eine Gesellschaft erkennt man daran, wie sie mit Ihren Kranken und Schwachen umgeht.

Anzeige

Sozialberatung für Erwerbslose und Arbeitnehmer/Hilfe für Hartz IV-Betroffene

Duisburg-Hochfeld
Kreisverband DIE LINKE Duisburg
Gravelottestr. 28

Mittwoch von 10–13 Uhr
Telefon: 0203/98 52 41 99
Nach Vereinbarung: 0162/6 24 22 71

DU-Marxloh
Kaiser-Wilhelm-Str. 278

Dienstag und Freitag von 10–13 Uhr
Telefon: 0203/72 84 32 75

DIE LINKE.



Silberstreif am Horizont durch Entschuldungshilfen

Kommunalhaushalt 2012 und Sanierungsplan: LINKE wird sich Herausforderung stellen, aber keinen Sozialschweinereien zustimmen



von Hermann Dierkes
Vorsitzender der Ratsfraktion DIE
LINKE Duisburg

Der Landtag hat Ende 2011 mit den Stimmen von SPD, Grünen und FDP ein sogenanntes Stärkungspaktgesetz beschlossen, das helfen soll, die akute Finanzkrise vieler Kommunen in NRW zu überwinden. Das Gesetz hat positive wie negative Seiten, ist in den Kommunen und auch in der LINKEN umstritten. Die Landtagsfraktion hat dagegen gestimmt. Mit der Verabschiedung gehört Duisburg zu den 34 bereits überschuldeten Kommunen der ersten Stufe, die über 5 Jahre (ab 2011) besondere Landeshilfen erhalten, um ihren Haushalt auszugleichen. Danach werden 5 Jahre lang weitere Stabilisierungsmittel fließen, allerdings abschmelzend bis auf 0. Die Teilnahme ist gesetzlich verpflichtend. Alle weiteren NRW-Kommunen, die in den nächsten Jahren in die Überschuldung geraten, können in einer zweiten Stufe freiwillig am Entschuldungsprogramm teilnehmen. Die 34 Kommunen der ersten Stufe müssen nicht mehr, wie bisher vorgeschrieben, »nur« ein Haushaltssicherungskonzept vorlegen, in dem sie darlegen, wie binnen drei Jahren ausgeglichen werden kann. Diese Vorschrift wurde und wird für zahlreiche Kommunen trotz aller Anstrengungen und trotz des Drucks der Kommunalaufsicht immer illusorischer.

Sanierungsplan

Jetzt wird im Gegenzug zu den Landeshilfen ein verbindlicher Sanierungsplan verlangt, der binnen 5 Jahren den Haushaltsausgleich erreicht. Dieser muss bis zum 30.6.2012 der Kommunalaufsicht vorgelegt werden. Für den Duisburger Haushalt wird für 2012 und die Folgejahre ein deutlicher Rückgang der Fehlbeträge durch die von SPD, Grünen und LINKEN beschlossene mittelfristige Finanzplanung 2010 und 2011 erwartet. Aber noch ist mit einem Minus von 198 Mio. € in 2012 zu rechnen. Dieses muss nun mit den Landeshilfen und durch eigene Anstrengungen (Kürzungen, Streichungen, höhere Einnahmen usw.) abgebaut werden, die



Eins der vielen »schwarzen Löcher« in Duisburg

über mehrere Schritte insgesamt 75 Mio. Euro erreichen sollen. Laut Planung der Verwaltung soll der Haushaltsausgleich auf diese Weise bis 2015/16 möglich sein. Ohne jeden Zweifel ein hartes Brot! Aber für den Haushalt zeigt sich erstmals seit Langem wieder ein deutlicher Silberstreif am Horizont. Die Eckdaten werden am 30.1.2012 in den Rat eingebracht, und zwar zusammen mit der Fortschreibung des Haushalts von 2011, der mit einigen Änderungen übernommen wurde. Der Sanierungsplan soll auf der Juni-Sitzung des Rates verabschiedet werden.

Landeshilfen und mehr GFG-Mittel

Die Landeshilfen für Duisburg betragen insgesamt rd. 418 Mio. €: Für 6 Jahre in Folge (2011-2016) jeweils 52,5 Mio. €, für die Jahre bis 2020 nur noch stabilisierende Hilfen, die schrittweise auf 0 abgeschmolzen werden. Die Hilfen werden u.a. auch bedeutende Zinsersparnisse bewirken. Diese können jedoch nur auf Annahmen beruhen, denn niemand kann garantieren, dass die Kommunalzinsen

so niedrig bleiben wie seit Jahren. Positiv für die künftige Haushaltsplanung wird sich auch die **Erhöhung der Gemeindefinanzierungsmittel des Landes (GFG-Mittel)** für besonders durch Arbeitslosigkeit und Sozialnot belastete Kommunen wie Duisburg auswirken. Außerdem die endlich seitens des Bundes beschlossene Entlastung der Kommunen bei der Grundsicherung im Alter (allein dieser Betrag liegt für Duisburg bei rd. 25 Mio. €). Positiv wird sich bei den Einnahmen selbstverständlich auch die von der Ratskooperation »Rot-Rot-Grün« 2010 bzw. 2011 durchgesetzte Erhöhung der Gewerbesteuer und der Grundsteuer B-Erhöhung bemerkbar machen.

Druck auf Bund verstärken

Die LINKE wird sich der neuen Lage stellen. Unsere Grundregel bei der Zusammenstellung des »Eigenbeitrags«, zu dem uns das Land verpflichtet: Sinnvolles und vertretbares Sparen + sinnvolle/vertretbare Einnahmeverbesserungen, aber keine Sparschweinereien! Uns bleibt keine

Wahl: Wir müssen den Haushaltsausgleich für die nächsten Jahre erreichen (über eine Punktlandung reden wir nicht!), wir müssen die enorme Zinslast abbauen und die gigantischen Kassenkredite (also die zinstreibenden Überziehungskredite für die laufenden Ausgaben) von über 2 Mrd. Euro. Denn die Gefahren aus Zinssprüngen und einer Kreditverweigerung durch die Banken sind nicht von der Hand zu weisen. Kommt es zu einer neuen Wirtschaftskrise oder zum Zusammenbruch des Euro-Raums, dann waren alle Planspiele ohnehin für die Katz. Das Land hat immerhin einen wichtigen Schritt unternommen, auch wenn er umstritten bleibt. Andererseits ist der Hauptverantwortliche für die Finanzkrise der Kommunen der Bund. Er bürdet ihnen seit Jahrzehnten gesetzliche Pflichten ohne ausreichende Finanzierung auf. Diese Bundesregierung wird aller Voraussicht nach nicht die nächste sein. Erfolge im Kampf um eine durchgreifende Finanzreform, eine gerechte Steuerpolitik und ein striktes Konnexitätsprinzip bei den Bundesgesetzen (»Wer die Musik bestellt muss sie auch bezahlen«) werden wichtiger denn je.

Opferberatung muss erhalten bleiben

■ Der Spendenaufruf des Duisburger Kinderschutzbundes zeigt das ganze Ausmaß der katastrophalen Situation in Duisburg bei der Opferberatung sexuell missbrauchter Kinder und Jugendlicher. Seit längerer Zeit weisen Beratungsstellen auf die finanzielle und personelle Unterversorgung der Opfer- und Familienberatung hin. Für die Betroffenen und ihre Familien ist es unzumutbar, auf Beratungstermine wochenlang zu warten. Die Ratsfraktion der Linken ist der Meinung, dass es sich bei der Opferberatung um eine gesetzliche Pflichtaufgabe handelt und beantragt seit mehreren Jahren die Einrichtung von zwei Stellen zur Prävention gegen sexuellen Missbrauch.

Gebag: Personelle Konsequenzen

■ Die Krise der städtischen Gebag hat personelle Konsequenzen. Mit dem langjährigen Geschäftsführer D. Cremer wurde ein Aufhebungsvertrag geschlossen. Er erhielt dem Vernehmen nach eine geringere Abfindungssumme, als »üblich«. Regress wurde nicht ausgeschlossen. Frau Marianne Wolf-Kröger wehrt sich gegen ihre fristlose Kündigung. Außerdem soll sie sich weigern, ihren Dienstwagen abzugeben. Provisorische Unternehmensleitung und Aufsichtsrat sind derzeit mit Überlegungen befasst, wie die GEBAG gerettet werden kann. Dazu zählen Verhandlungen mit Gläubigerbanken und mit der Fam. Ströher, Hauptsponsor des verunglückten »Schuhkartons« am Innenhafen. Hoffentlich kommt bald eine kaufmännisch und technisch versierte neue Geschäftsführung. Politische Versorgungsfälle darf es nicht mehr geben.

»NSU« auch in Duisburg aktiv?

■ Die Thüringer Nazi-Bande unter dem Namen »NSU«, die 10 Jahre lang unbehelligt morden durfte, hat wahrscheinlich auch in Duisburg-Meiderich durch eine Selbstschuss-Anlage, die in einem PKW platziert wurde, einen türkischstämmigen Mitbürger schwer verletzt. Der Betroffene sah sich jahrelang einer Rufmord-Kampagne durch gewisse Medien ausgesetzt. Diese spekulierten lange Zeit, dass mafiöse Konkurrenten den Restaurant-Besitzer beseitigen wollten.

Zuwanderung aus Südost-Europa

Handlungskonzept muss schnellstens umgesetzt werden!



von Martina Ammann
Ratsfrau DIE LINKE.Duisburg

■ In seiner letzten Sitzung im zurückliegenden Jahr legte die Verwaltung der Stadt Duisburg dem Rat das Handlungskonzept zum Umgang mit Zuwanderung von Menschen aus Südost-Europa vor. DIE LINKE Ratsfraktion brachte gemeinsam mit SPD und Grünen einen Antrag ein, der die Stadtspitze auffordert, die Umsetzung der Projekte in Angriff zu nehmen. Das Konzept wurde nicht in Gänze beschlossen, sondern nach Anträgen mehrerer Fraktionen wird die Verwaltungsspitze aufgefordert, in den dringendsten Fragen sofort tätig zu werden.

Wie dem Antrag zu entnehmen ist, wird nun die Verwaltung gefordert, im Rahmen ihrer rechtlichen Möglichkeiten sofort in den Stadtteilen mit Maßnahmen u.a. im Schul- und Bildungsbereich, bei der Sicherstellung von ärztlicher Versorgung und der Einrichtung von Beratungsangeboten zu beginnen. Die Beantragung von Fördermitteln von Land, Bund und Europäischer Union muss von der Stadtspitze schnellstens realisiert werden. Sowohl die Mittel aus dem Europäischen Sozialfond als auch die im Konzept vorgeschlagenen Zuschüsse durch Landes- und Bunde-

Gemeinsamer Antrag von SPD, Linken und Grünen in der Ratssitzung am 10.12.2011

1. Der Konzeptentwurf wird zur Kenntnis genommen, in den vorlaufenden Gremien zur Ratssitzung am 30.01.2012 erneut beraten und ggfls. um Beschlüsse der Ausschüsse ergänzt.
2. Der Rat fordert den OB auf, bereits vor Verabschiedung eines Handlungskonzepts unverzüglich alle politischen und rechtlichen Möglichkeiten zu nutzen, um im Rahmen der gesetzlich verpflichtenden und hoheitlichen Aufgaben schwerpunktmäßig gegen menschenunwürdige Lebensverhältnisse von Zugewanderten aus Südost-Europa vorzugehen. Dies betrifft insbesondere Gesundheits- und Kindeswohlgefährdung, mangelnde Wahrnehmung/Durchsetzung der Schulpflicht, ausbeuterische und illegale Arbeitsverhältnisse, unzuträgliche und skandalöse Wohnverhältnisse sowie festgestellte Zwangs- und zu vermutende Kinderprostitution. Die entsprechenden Aktivitäten erfordern eine zentrale Steuerung seitens der Stadt, eine enge Zusammenarbeit städtischer Stellen untereinander sowie eine abgestimmte Zusammenarbeit mit Polizei und Zollbehörde. Soweit hierzu Einzelbeschlüsse erforderlich sind, wird dies schnellstmöglich vorbereitet und den Ausschüssen zur Beratung und Beschlussfassung vorgelegt.
3. Für weitergehende Maßnahmen, die den Restriktionen des § 82 GO NRW unterliegen bzw. unterliegen könnten, werden sowohl durch Eigeninitiative als auch im Verbund mit dem Deutschen Städtetag und anderen betroffenen Städten Drittmittel der EU, des Bundes und/oder des Landes eingeworben, mit denen eine Finanzierung ermöglicht wird.

sintegrationsprojekte wie KOMM-In in NRW und des Bundesministeriums für Migration und Flüchtlinge müssen schnellstens zur Verfügung gestellt werden. Die Stadtspitze muss endlich handeln.

Deren derzeitige lasche Haltung wird weder den zugewanderten Menschen mit ihren massiven Problemen

noch den Bürgerinnen und Bürgern in den Stadtteilen gerecht. Die NRW-Landesregierung befasst sich nun endlich erstmals mit dem Thema und legt einen Bericht im Integrationsausschuss des Landtages vor. Sie ist gefordert, auch für die anderen NRW-Städte mit Zuwanderern aus Südosteuropa Mittel einzufordern.



Lesenswert: »Die Kommunalen«

LINKE im Land: 16 Geschichten aus Rathäusern und Gemeinden

LINKE machen in Rathäusern und Gemeinden Kommunalpolitik mit Leidenschaft und Verstand, beweisen Ausdauer und Mut, leisten Alltagsarbeit und wagen Höhenflüge.

LINKE haben Geschichten zu erzählen. Die Journalistin und Schriftstellerin Kathrin Gerlof hat sie ihnen entlockt und aufgeschrieben. Und LINKE sind selbstbewusst und kritisch, Rico Prauss hat sie fotografiert.

Herausgekommen sind lebendige Porträts von Menschen, die sich engagieren: Die Kommunalen. **Unter anderem vertreten ist auch Erkan Kocalar, Duisburger Bürgermeister mit Migrationshintergrund.**

Erschienen ist das Buch im vsa-verlag (www.vsa-verlag.de) ISBN 978-3-89965-495-0.

»Das vorliegende Buch soll Mut zur Nachahmung machen. Es beschreibt einfühlsam 16 Menschen, die aufrecht für ihre Überzeugung streiten, die Veränderung im Kleinen wie im Großen auf den Weg bringen. Sie haben den langen Atem, durchzuhalten und bei Niederlagen wieder aufzustehen, erneut anzutreten und nicht aufzugeben. Auch das ist Glück.«

(Gesine Löttsch, MdB DIE LINKE)

Gefahr oder Chance?

Streit um Factory Outlet in Hamborn

Hermann Dierkes

Vorsitzender der Ratsfraktion DIE LINKE

Herbert Fürmann

Vorsitzender Bezirksfraktion Hamborn

Charlotte Weyers

Sprecherin des Ortsverbands Hamborn der LINKEN

Der Aufschrei in der Hamborner Zinkhütten-Siedlung gegen das Vorhaben der Immeo, die Mieter umzusiedeln, weil 400 Wohnungen an den Factory Outlet-Investor verkauft werden sollen, haben erneut den Meinungsstreit um das FOC angeheizt, auch im Kreisverband der LINKEN. Das facettenreiche Thema sollte nicht »aus dem Bauch« diskutiert werden. Der drohende Verlust einer Wohnung ist ohne jeden Zweifel eine schwere Belastung. Wir können die Sorgen vieler Mieter nachvollziehen, die hier schon jahrzehntelang ihr Lebensumfeld haben. Wir setzen uns klipp und klar für faire Lösungen ein. Die Ratsmehrheit hat am 17.10.2011 entsprechend beschlossen. Immeo hat sich dazu bereit erklärt.

Kommunalpolitisch müssen wir Interessenabwägungen vornehmen, die Perspektiven und Alternativen deutlich machen. Duisburg ist überschuldet, von hoher Erwerbslosigkeit und Sozialnot gekennzeichnet. Wir brauchen dringend mehr Erwerbsarbeitsplätze, Gewerbesteuer-einnahmen und wirtschaftliche Belebung. Der Norden unserer Stadt hat es besonders nötig und es gibt Innenstadt-Lobbyisten im großflächigen Einzelhandel, denen dieser Teil unserer Stadt am Allerwertesten vorbeigeht. Der erfreulich boomende Brautmodenhandel in Marxloh und ein thematisches Einkaufszentrum wie das FOC



(v. a. Textilien, Schmuck) können aber zusammen die Mischung bringen, in der richtig Musik drin ist. Alternativen dazu sind leider nicht in Sicht.

Was soll mit der stillgelegten Rhein-Ruhr-Halle (einem energetischen und asbesthaltigen Fossil) und dem alten Stadtbad werden, wenn das FOC nicht kommt? Der Investor will sie umbauen und in das FOC einbeziehen. Die Stadt selbst hat für andere Lösungen kein Geld. Was wird mit dem verzögerten Neubau der Ersatzhalle am Rhein-Ruhr-Bad? Dafür werden die 6,5 Mio. Euro aus dem Verkauf städtischer Grundstücke an den Investor gebraucht. Eine Rats- und eine Bezirksfraktion, die in dieser Stadt politische Verantwortung tragen, können und dürfen sich nicht verhalten wie eine Ein-Punkt-Bürgerinitiative. Wohnrecht ist das eine. Das Recht auf Arbeitseinkommen und eine handlungsfähige Kommune das andere. Politik, die jeglichen Siedlungsbe-

stand und Straßenzug für tabu erklärt, um Industrie- oder Gewerbeansiedlungen zu verhindern, ist zum Scheitern verurteilt. Zu recht würde ihr Unfähigkeit vorgeworfen, Wirtschaftsentwicklung, Arbeit, Einkommen zu fördern. Duisburg ist eine schrumpfende Stadt, seit den 70er Jahren sind über 120.000 Einwohner verlorengegangen – vor allem wegen der katastrophalen Arbeitsplatzverluste. Es gibt zahlreiche Wohnungsleerstände. Seit vielen Jahren sind immer wieder ältere Häuser, Schrottimmobilen und ganze Wohnviertel um Industriebetriebe oder für Großvorhaben abgerissen worden – von Walsum über Marxloh, Beek bis in den Süden unserer Stadt. Es war und bleibt wichtig, für die Umsiedlungen die Eigner in die Pflicht zu nehmen, um angemessene Alternativen und Sozialpläne zu kämpfen. Das Großprojekt FOC ist seit fast 5 Jahren in Vorbereitung, wurde öffentlich diskutiert und in den Gremien behandelt. Der Investor hat nie ein Geheimnis daraus gemacht, dass er mehr will als nur die beiden städtischen Grundstücke. Die Verhandlungen zwischen Immeo, Grillo und dem FOC-Investor mussten aber Rücksicht nehmen auf das europaweite Ausschreibungsverfahren und warten auf die Entscheidung des Rates am 17.10.2011. Am 26.09.2011 hatte er Fraktion und Kreisvorstandsvertreter das aktuelle Konzept zuletzt vorgestellt.

In wenigen Wochen steigt die Bürgerbeteiligung im Rahmen der Planfeststellung. Da kommen Pro und Kontra umfassend zur Sprache. Auch die Verkehrsproblematik, die für uns auch noch nicht zufriedenstellend gelöst ist. Von einem Durchpeitschen kann überhaupt keine Rede sein. Wir sind allerdings davon überzeugt: Scheitert das FOC, besteht die Gefahr, dass der Investor oder andere Investoren die Zelte woanders aufschlagen – mit all den bösen Folgen für den Duisburger Norden und die Gesamtstadt. So ist das im real existierenden Kapitalismus.

Barrierefreiheit und Mobilität

Zur nächsten Sitzung der Bezirksvertretung Walsum am 1. März 2012 wurde seitens der Linken der Antrag gestellt, die Verwaltung damit zu beauftragen, Bordsteinabsenkungen an folgenden Stellen vorzunehmen: an der Dr.- Hans-Boeckler Straße im Bereich der Hausnummern 279 bis 319 sowie an der Wehofer Straße von der Einmündung Dinslaker Straße bis zum Eickelkamp. Damit soll gewährleistet werden, dass für Menschen mit eingeschränkter Mobilität eine problemlose Überquerung der entsprechenden Straßen möglich wird.

Big Brother im Bundestag

Der Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE, Gregor Gysi, hat am 23.01.12 in einem Schreiben an den Bundespräsidenten, den Bundestagspräsidenten und die Bundeskanzlerin gefordert, die Überwachung der 27 Mitglieder der LINKEN im Deutschen Bundestag unverzüglich und vollständig einstellen zu lassen. »Der Bundestag hat unter anderem die Funktion, die Tätigkeit der Geheimdienste in Deutschland zu kontrollieren. Die Tatsache, dass ein Geheimdienst meint, selbst Abgeordnete überwachen zu dürfen, ist nicht hinnehmbar(...) DIE LINKE ist eine demokratische Partei, die regelmäßig für die Einhaltung des Grundgesetzes innerhalb und außerhalb des Bundestages streitet.«

Sozialticket ein »Ladenhüter«?

Drei Monate nach Einführung des so genannten Sozialtickets des VRR haben erst 5 % der Berechtigten (Empfänger von ALG II, Sozialhilfe oder Wohngeld) einen solchen Fahrschein für 29,90 € erworben. Durch die Tagespresse geistert bereits das Wort vom »Ladenhüter«. Schon auf der Ratssitzung im September 2011 hatte Thomas Keuer, Ratsherr der Linksfraktion, sich geweigert, das 30 €-Ticket überhaupt »Sozialticket« zu nennen, zu teuer sei es für die Bedürftigen. Er hatte einen Preis von maximal 15 € im Sinn. Letzten Endes schafft der VRR es offensichtlich doch noch, durch die Hintertür des Preises das ungeliebte Projekt »Sozialticket« mangels Nachfrage am Ende der einjährigen Testphase wieder einstellen zu können.

Botanischer Garten Hamborn: Teilerfolg durch Bürgerbewegung und Verhandlungen

Der Versuch der Verwaltung, die Gewächshäuser des Botanischen Gartens in Hamborn komplett aufzugeben, konnte nach massiven Protesten aus der Bürgerschaft und zahlreichen Gesprächen zwischen Politik, Bürgervertretern und Verantwortlichen abgewendet werden. Am 12.12.11 beschloss der Rat eine Konzeptvariante, nach der das Subtropenhaus, die Einrichtungen der Gesellschaft für Aquarienkunde und die Überwinterungshalle für die Fuchsienausstellung erhalten bleiben. Sie werden renoviert und energetisch in Stand gesetzt. Das Tropen-, Kakteen- und Aufzuchtshaus werden abgerissen. Die Konstruktion des Tropenhauses soll als Landmarke stehen bleiben. Der Garten insgesamt wird mit 1-2 Themenbereichen erhalten bleiben, die arbeitsintensiven Blumenbeete reduziert. Die Fläche Richtung A59/IKEA wird integriert und mit einem neuen Eingang an der Beecker Strasse versehen. Für die Arbeiten werden 1 Mio. Euro in den Haushalt eingestellt. Bestandteil der Beschlusslage ist die weitere Beteiligung des Fördervereins, der BI und der Aquarianer. *Charlotte Weyers*



Duisburger Hafen AG muss komplett in öffentlicher Hand bleiben!

Bund betreibt Privatisierung seines Drittelanteils

von Hermann Dierkes
und Dietrich Kunze

■ DIE LINKE ist gegen die angestrebte Privatisierung des Bundesdrittels bei der Duisburger Hafen AG (Hafag/DuisPort-Gruppe). Unsere Fraktionen in Bund, Land und Kommune setzen sich dafür ein, dass die Hafen AG komplett in öffentlicher Hand bleibt. Ver.di und Arbeitnehmerseite sehen das ebenfalls so. Nur das bietet die Gewähr, dass die Logistikbranche die Hafag-Einrichtungen diskriminierungsfrei nutzen können. Eine Veräußerung an einzelne oder mehrere private Logistikunternehmen würde diesen einseitige Wettbewerbsvorteile verschaffen. In einer kritischen Situation könnte die Hafag von Logistikleistungen beschnitten oder ausgeschlossen werden. Und schon gar nicht wollen wir, dass dieses wichtige Infrastrukturunternehmen an eine Finanz-Heuschrecke fällt, die nur Höchstrenditen wollen und ggf. den Kaufpreis noch als Kredit in die Hafag stecken.

Vor allem seit Beginn der 90er Jahre sind mit der Hafag wichtige Infrastrukturleistungen von regional- und gesamtwirtschaftlicher Bedeutung erbracht worden, die kein privates Unternehmen hätte erbringen können

»Während die privaten Häfen hauptsächlich Güter für die eigenen Werke umschlagen, ist der Umschlag in den öffentlichen Häfen vielfältiger und somit Grundlage für eine größere Wertschöpfungskette. Dieses kann im Gegensatz zu den in erster Linie gewinnorientierten Ansätzen der privaten Häfen nur durch zukunftsorientierte, umfangreiche und ganzheitliche Investitionsmaßnahmen des Staates weiter vorangetrieben werden.«

Stellungnahme der Gewerkschaft Verdi, Landesbezirk NRW

und wollen: zum Beispiel die aufwändige Sanierung der Flächen für die Hafag-Projekte Logport Rheinhausen (ehemals Krupp-Hütte) und Logport II in Wanheim (zuletzt Metallrecycling). Nach unserer Schätzung dürften seitdem mindestens rd. 250 Mio. Euro an öffentlichen Geldern in Sanierung und Unternehmensaufbau geflossen sein. Diese Investitionen haben Tausende von Arbeitsplätzen geschaffen und gesichert. Ihr nachhaltiger Einfluss auf das regionale Wirtschaftsleben ist unbestreitbar.

Die vorausgesagten Zuwächse im Güterverkehr und die Notwendigkeit, Verkehre umweltverträglicher zu machen, erfordern politische Gestal-



Horst-Werner-Rock

tung. Dabei können die öffentlichen Häfen der Rheinschiene und eine verbesserte Kooperation mit den niederländischen und belgischen Seehäfen eine wichtige Rolle spielen. Wachsen-

der Hafag und auf vertraglich ausgehandelter Grundlage würde Zukunftsoptionen und Einfluss sichern.

Durch ihre Zweckbestimmung und stärkere gesamtgesellschaftliche Sichtweise sind öffentliche Häfen wesentlich für den Erhalt und Ausbau effizienter Infrastruktur. Deshalb sagt die LINKE zusammen mit der zuständigen Gewerkschaft Ver.di: »Öffentlich vor Privat«. Nur so kann der Anteil der umweltfreundlicheren Verkehrsträger wie Schiff und Bahn nachhaltig gesteigert werden. Andere Überlegungen und Rücksichtnahmen spielen bei diesen eindeutig eine untergeordnete Rolle. Mit einem Rückzug des Bundes als politisch einflussreichster Akteur und wichtiger Finanzier aus der Hafag besteht außerdem die Gefahr, dass der Abschluss der Betuwe-Linie und die Wiederherstellung der Bahnverbindung nach Antwerpen (»Eiserner Rhein«) weiter auf sich warten lassen oder ganz beerdigt werden.

Die wesentlichen Gründe der Bundesregierung für ihre Absicht, sich von ihrem Drittelanteil zu trennen, sind nicht nachvollziehbar. Die öffentlichen Anteilseigner Bund, Land und Kommune können auf langfristig gesicherte Dividenden bauen, die angesichts der Entwicklungen im Logistikbereich sogar noch steigerungsfähig sind. Für eine überschuldete Stadt wie Duisburg ist die im örtlichen Haushalt eingeplante Dividende unverzichtbar. Durch die sture und verantwortungslose Verweigerungshaltung des Bundes bei der notwendigen Satzungsänderung bei der Hafag werden unserer Stadt wich-

tige Haushaltsmittel in Millionenhöhe vorenthalten. Wenn der Bund partout nicht mehr will, sollte auch ernsthaft geprüft werden, ob nicht das Land das Bundesdrittel übernehmen kann. Zur

»Die LINKE sagt Nein zur Privatisierung der Bundesanteile am Duisburger Hafen. Die Bundesregierung muss sich auch nach der für CDU und FDP verlorenen Landtagswahl ihrer Verantwortung für die Verkehrsinfrastruktur im bevölkerungsreichsten Bundesland stellen, sie muss ihre skandalöse Erpressungspolitik gegenüber dem Land NRW und der Stadt Duisburg beenden.«

Aus der Rede von Ulla Lötzer, MdB DIE LINKE, im Bundestag

Gemeinwohlorientierung der Hafag gehört es auch, dass sie endlich in den Arbeitgeberverband zurückkehrt und sich zum Wiedereintritt in die Flächentarifbindung entschließt.

Doku-Zentrum »Duisburg in der Nazizeit« gefährdet »Freiwilliger« oder erzwungener Verzicht auf Erinnerungsarbeit?

von Hermann Dierkes

■ Bald sechs Jahre ist es her, dass der Rat die Errichtung eines Dokumentationszentrums »Duisburg in der Nazizeit« beschlossen hat. Es soll in der geplanten neuen Stadtbibliothek/Volkshochschule seinen Platz finden. Diese sollen in ein vom Investor Multi Development an der Steinschen Gasse geplantes Gebäude einziehen, der den dortigen alten Bunker derzeit abreißen lässt. Die konzeptionelle Vorbereitung ist bereits seit 2008 durch die Arbeit von Dr. Martin Rütter (Doku-Zentrum Köln) weit gediehen. Seitdem ist wenig bis nichts mehr passiert. Das Zentrum soll auch die im Stadtgebiet verstreuten Materialsammlungen aufnehmen, insbesondere die Ausstellung der VVN (Verfolgte des Nazi-Regimes/Bund der Antifaschisten) in Kaßlerfeld. Da die Errichtung des Zentrums haushaltsrechtlich als »freiwillige Leistung« gilt, besteht die Gefahr, dass es angesichts der Überschuldung Duisburgs von der Kommunalaufsicht untersagt wird. Eine Anfrage der Verwaltung vom 27.09.2011 zur Finanzierung wurde von der Bezirksregierung bis heute nicht beantwortet. Eine kürzliche Anfrage der Grünen im Rat konnte auch nicht zufriedenstellen. Auch Die LINKE setzt sich weiterhin für das Doku-Zentrum ein. Es ist politisch



Foto: Verba

unverzichtbar, um heutigen und kommenden Generationen nahezubringen, wohin Rassenhass und explosive Sozial- und Wirtschaftskrisen, Vernichtung von Demokratie und Arbeiterbewegung, staatliche Großmacht- und Eroberungspolitik führen. Soeben jährte sich die berühmte Wannsee-Konferenz der Nazis zur Vernichtung der Juden zum 70. mal. Wir müssen in Erinnerung behalten, wer Opfer und Täter auch in unserer Stadt waren. Die Antikriegstage,

die seit Jahren anhaltende Verlegung der Stolpersteine des Künstlers Kurt Demnig auf den Straßen unserer Stadt, die an ermordete Jüdinnen und Juden, an Gewerkschafter und Linkspolitiker erinnern, die Walsumer und die Hüttenheimer Gedenkstätten für Zwangsarbeiter, die Aufarbeitung der Zwangsarbeit durch das Stadtarchiv, Straßenumbenennungen und andere Aktivitäten waren und sind ebenfalls wichtige Beiträge dazu. Was fehlt, ist ein umfassendes und würdiges Dokumentationszentrum. Nicht zuletzt deshalb, weil die Zeitzeugen, wie der kürzlich verstorbene Bruno Bachler, immer weniger werden.

Wer nicht aus der Geschichte lernt, ist dazu verurteilt, die Fehler und Katastrophen zu wiederholen. Grassierender Antisemitismus (der den alten Antisemitismus zum Teil abgelöst hat), die mörderischen Umtriebe von Nazi-Gruppen, die auch noch von Teilen des sog. Verfassungsschutzes und politisch Verantwortlichen gedeckt werden, erfordern rasches Handeln. Insoweit kann und darf ein solches überfälliges Dokumentations- und Lernzentrum nicht als »freiwillige Leistung« abgetan werden. Auch andere Kommunen wie das ebenfalls überschuldete Oberhausen haben eine derartige, vorbildliche Ausstellung geschaffen.

Verfahren gegen DIE LINKE Duisburg eingestellt

■ Die Staatsanwaltschaft hat Ermittlungen gegen die Duisburger LINKE eingestellt, weil Täter nicht ermittelt werden konnten. Ende April war ein Pamphlet auf der Internetseite des Kreisverbands entdeckt worden, das israelkritische mit rassistischen und Holocaust-verleugnenden Ansichten vermengte. DIE LINKE stellte Strafanzeige. Wie sich herausstellte, handelte es sich um einen seit 2006 im Internet kursierenden Text aus islamistischer Quelle. Nachforschungen ergaben, dass er am 31.1.2011 kurz nach 20.00 Uhr im Raum Essen/Gelsenkirchen unbefugt auf die LINKEN-Seite gestellt worden war. Fan-Blogs der israelischen Kolonialpolitik gegen die Palästinenser skandalisierten den Vorfall, bezichtigten die LINKE des Antisemitismus. DIE LINKE war selbst mit Strafanzeigen konfrontiert. Das Pamphlet musste sogar im Bundestag für Angriffe auf die LINKE herhalten

Weiter bei Jugendwerkstatt Hochfeld

■ Auch dem Engagement der Duisburger Linken ist es zu verdanken, dass die Hochfelder Jugendwerkstatt der Gesellschaft für Beschäftigungsförderung weiter arbeiten kann. Für die 70 Jugendlichen mit besonderem Förderbedarf ist bis Ende 2012 die Weiterbeschäftigung gesichert.

Isenberg verurteilt

■ Der frühere Geschäftsführer des städtischen Klinikums an der Wedau, R. Isenberg, ist verurteilt worden. Er muss 370.000 Euro zurück zahlen. Isenberg hatte sich – wie 2007 bekannt wurde – überhöhte Bezüge und Tantiemen verschafft und einen überbewerteten Dienstwagen gefahren. Ihm war daraufhin fristlos gekündigt worden. Seine Klage, ihm »vorenthaltene« Bezüge bis 2009 in etwa dieser Höhe zu zahlen, wurde im November 2011 zurückgewiesen. Aufsichtsrat und Wirtschaftsprüfer war die Selbstbedienung über Jahre nicht aufgefallen. Isenberg selbst sei die Überzahlung angesichts »schwankender Bezüge« auch nicht aufgefallen.

Personalfluktuaton am Klinikum Wedau gibt Anlass zur Sorge

Für Sana-Konzern und Stadtpitze nichts Außergewöhnliches

■ Seit dem – von der Linksfraktion abgelehnten – Verkauf von 49 % der Anteile am städtischen Klinikum im Jahr 2006 agiert der Sana-Klinikkonzern bis ins Detail wie ein Mehrheitsgesellschaft. Die städtischen Mehrheitsinteressen werden praktisch nicht wahrgenommen. Auf die vertragliche Möglichkeit, einen zweiten Geschäftsführer seitens der Stadt zu bestellen, wird demonstrativ verzichtet. Nicht nur dies, der Leiter der Sana-Kliniken in NRW ist obendrein noch zugleich Leiter der Häuser in Düsseldorf und Duisburg! Der Grund dafür dürfte nicht allein darin bestehen, dass der Sana-Konzern mit dem Kauf über den Management-Vertrag zum Herrn im Hause gemacht wurde. Die Ratshauspitze um OB Sauer-

land ist überdies bereit, Sana weitere Anteile zu verkaufen, hat dafür aber derzeit keine Ratsmehrheit. Ein Vorstoß, weitere 2 Prozent des städtischen Anteils zu veräußern, war 2010 in der Haushaltsdebatte verworfen worden.

Die Sana-Geschäftspolitik am Klinikum fällt dadurch auf, dass man Aktivitäten in den eigenen Konzern verlagert und örtliche Firmen das Nachsehen haben, z.B. die Reinigung der Krankenhaustextilien. Besorgniserregend ist eine ungewöhnlich hohe Personalfluktuaton – insbesondere in den leitenden Bereichen. Nach Informationen der LINKEN betrifft dies u.a. die Personalverwaltung (Controller usw.) sowie die Chefarzte und Ärzte in den Bereichen Gefäßchirurgie, Gynäkologie, Kinderklinik, Neuro-

logie (hier allein 5 Ärzte) der ZPA (hier das gesamte 5er-Team). Weitere Abgänge deuten sich an. Wie aus dem Sana-Konzern zu hören ist, sei das alles nichts Ungewöhnliches, schließlich gebe es bundesweit Ärztemangel und Wettbewerb. Auch der häufige Wechsel beim Pflegepersonal sei nicht außergewöhnlich hoch. Beim Klinikum sollen nach dem Eintritt von Sana rd. 300 neue Arbeitsplätze geschaffen worden sein sollen. Auffällig ist allerdings, dass der Bestand von Leiharbeitnehmern hoch ist. Ohne sie würde, so Kenner der Verhältnisse, auf etlichen Stationen der Notstand ausbrechen. Dies weist eher daraufhin, dass der Sana-Konzern am Klinikum Wedau, kostes, was es wolle, Personalkosten sparen will, wie

es auch andernorts festzustellen ist. Für die LINKE ist diese Entwicklung Grund zur Sorge, denn der wachsende Arbeits- und Lohndruck ist nicht nur nachteilig für die Beschäftigten, sondern droht früher oder später negative Auswirkungen auf das Patientenwohl zu haben, damit auf den Ruf des Hauses und die Entscheidung von Patienten, ob sie sich noch für das Klinikum an der Wedau entscheiden. Übrigens: Nach einer repräsentativen Umfrage eines Instituts, das regelmäßig Erhebungen im Krankenhausbereich durchführt, sind im Klinikum an der Wedau nur 44 % der dortigen Beschäftigten mit der Klinikleitung zufrieden.



[www.dielinke-
duisburg.de](http://www.dielinke-
duisburg.de)

Host:Werner Book



Der 50. Standpunkt ist da!

11 Jahre gegen Trott und Trend der Zeit

» Weiter von Seite 1

Gäbe es die Zeitung mit dem roten Pfeil, der nach links zeigt, nicht und wäre man in Duisburg nur auf die kommerziellen Medien angewiesen,



Mensch, da müsste man den Standpunkt glatt erfinden. Wir feiern jetzt die 50. Ausgabe des Standpunkt und laden Sie ein, mit zu feiern. Beim politischen Aschermittwoch der LINKEN am 22. Februar lassen wir die Korken knallen.

Welchen Standpunkt der Standpunkt hat

»Verscherbeln, privatisieren, Personal abbauen« (Juli 2000), »Stadt

plant neue Sparschweineereien« (März 2001), »Soll Gesundheit nur noch Ware sein?« (August 2002), »Agenda sozial statt Agenda 2010« (September 2003), »Duisburg ist Sauerland« (Dezember 2004), »Hartz IV-Betroffene haben Rechte (März 2005)«, »Hurra, wir machen uns nackig« (März 2006)



– die Schlagzeilen auf den Titelseiten des Standpunkt in den ersten sechs Jahren seit der Nullnummer bis Nr. 25

machen deutlich, welchen Standpunkt der Standpunkt einnahm und einnimmt. Die Titelstory des Standpunkt



von Oktober 2007 »Armut nimmt dramatisch zu« ist nahezu wortgleich mit den Aufmachern von WAZ oder NRZ vom Dezember 2011. Und wenn beim Standpunkt Nr. 35 (November 2008) eingefordert wird »Kinder brauchen Kitas« hat dies nichts an Aktualität verloren. Und erst recht nicht, wenn

es im Februar 2009 (Standpunkt Nr. 37) hieß »Wer zahlt für ihre Krise? Milliarden für Banken und Konzerne – Sozialkürzungen wie gehabt«. Doch immerhin gibt es seit 2011 Bewegung in Duisburg durch eine Kooperation von SPD, Linken und Grünen im Rat,



so dass es in der März Ausgabe Nr. 43 zum Kommunalhaushalt 2010 hieß: »Neue Ratsmehrheit weist Sparschweineereien zurück«. Obwohl 21 Menschen in Duisburg bei der Love Parade durch prestigeesüchtiges und riskantes Management ihr Leben verloren und fast 80.000 Menschen ihre Unterschrift für die Abwahl von Ob Sauerland gaben, blieb OB Sauerland stur auf seinem Stuhl kleben. Mitglieder der Duisburger LINKEN verteilten Tausende von Standpunkt Nr. 49 im nasskalten Dezember 2011 und viele Duisburger Bürgerinnen und Bürger stimmten mit der Titelseite »Verantwortung übernehmen! Sauerland abwählen!« überein.



Einen ganz herzlichen Glückwunsch zur 50. Ausgabe Eurer Kreisverbandszeitung!

Mit der Zeitung »Standpunkt« gibt es seit vielen Jahren eine linke Publikation, die die Bürgerinnen und Bürger in Duisburg über soziale und gerechte Alternativen zur neoliberalen Kahlschlagpolitik informiert und nicht schweigt, wenn irgendwo in Duisburg wieder Stellen gestrichen oder soziale Einrichtungen geschlossen werden sollen, sondern den Menschen Mut macht, sich gegen Hungerlöhne und Hartz-IV-Armut zu wehren. Leisetreteri wird nicht honoriert. Deshalb ist eine linke und kritische Öffentlichkeit ganz besonders wichtig. Was die Mainstream-Presse nicht bringt, steht im »Standpunkt«. Macht weiter so!

Sahra Wagenknecht, MdB DIE LINKE



Titelseiten und Inhalte des Standpunkt in den letzten zehn Jahren von Nummer 1 bis Nr. 50 machen deutlich, für was die Zeitung steht, gegen wen und für wen sie streitet. Der



Standpunkt täuscht nicht scheinheilig vor, überparteilich zu sein. Themen und Argumente haben Interessenbezug und wollen fortschrittliche Verän-

derung. 50 Ausgaben Standpunkt in 10 Jahren haben immer klare Standpunkte bezogen: gegen Kriege – ob



im Irak oder in Afghanistan – gegen Hartz IV, Lohndumping oder Rente mit 67, für die Abschaffung von AKWs und eine ökologische Wende, für ein gerechtes Gesundheitssystem und Bildungschancen für alle. In nahezu



jeder Ausgabe wurden mehr Rechte für Migranten eingefordert und zu Wachsamkeit und Widerstand gegen



die wachsende Bedrohung von Neonazis aufgerufen. Als einzige sozialistische Zeitung für Duisburg kam und kommt der Standpunkt nie mit Phrasen, Geschwätzigkeit und plumper Ideologie daher. Anhand konkreter Beispiele aus der Kommunalpolitik und den Duisburger Stadtteilen legen



wir die Finger in die Wunden von Sozialalkahlschlag, Bibliotheken – oder Bäderschließungen, treten für mehr Demokratie bei Bürgerentscheiden, bessere Umweltbedingungen, die Förderung des öffentlichen Nahverkehrs oder die Einführung eines kostenlosen



Liebe STANDPUNKT-Redaktion!

Für eine erfolgreiche politische Arbeit sind klare Positionen und Standpunkte unerlässlich. Dem STANDPUNKT gelingt es in der inzwischen 50. Ausgabe diese regelmäßig und kenntnisreich den Menschen vor Ort zu vermitteln und über die Aktivitäten unserer Partei in Duisburg und darüber hinaus zu informieren. Auch für mich ist die Möglichkeit, im STANDPUNKT meine thematischen Schwerpunkte darzustellen, ein wichtiger Teil meiner politischen Tätigkeit. Dafür möchte ich mich bei dieser Gelegenheit bedanken und wünsche Euch für Eure zukünftige Arbeit weiterhin viel Erfolg! Mit solidarischen Grüßen,

Sevim Dagdelen, MdB DIE LINKE

Sozialtickets ein. Wir wollen Sprachrohr für die Interessen der »kleinen Leute« sein und Betroffene zum Protest und Widerstand ermutigen. Der Standpunkt informiert gründlich und ohne Zensur, begleitet die Arbeit der Ratsfraktion DIE LINKE, ihrer Bezirks-



vertreter und der zahlreichen bürgerschaftlichen Mitglieder in den Fachausschüssen des Rates.

Wer DIE LINKE in Duisburg, ihre Positionen und Aktionen, kritisch oder wohlgesonnen begleitet, wird im Standpunkt auch weiterhin gut informiert werden.

von Horst-Werner Rook
Kreisvorstand DIE LINKE Duisburg

Kritik und Anregungen aus der Leserschaft erwünscht

Natürlich wollen wir im Interesse unserer Leserinnen und Leser, dass der Standpunkt ständig verbessert wird. Wir wollen inhaltlich seriös und präzise, lesbar und spannend sein. Dabei sollen auch weiterhin Kulturtipps, Rätsecken oder Satire nicht zu kurz kommen.

Wir haben über die Jahre die Gestaltung immer weiter verbessert und erscheinen seit einigen Ausgaben mit neuem Lay out und in Farbe. Für jede Kritik und thematische Anregungen sind wir immer dankbar.

Schreiben sie uns, wenn Ihnen bestimmte Themen inhaltlich nicht gefallen, Ihnen zu lang oder langweilig erscheinen, Ihnen bestimmte Themenbereiche fehlen oder Sie mehr Kurzweiliges und Unterhaltung wünschen.

Und besonders würden wir uns darüber freuen, wenn wir aus der Leserschaft noch mehr Fotos oder Artikel oder Geldspenden bekämen. Der Zuspruch unserer Leserinnen und Leser ist das (geistige) Brot für Redakteure, Autoren und alle, die dar-

an beteiligt sind, den Standpunkt heraus zu bringen.

50 Ausgaben des Standpunkt bedeuten nicht selten Stress und viel Arbeit für unsere kleine fünf Personen-Redaktion. Aber wir denken, die Arbeit hat sich gelohnt und lohnt sich auch in Zukunft.

Unser Dank geht an alle, die Artikel geschrieben und die Zeitung verteilt haben, aber natürlich auch an unsere Leserinnen und Leser, die wir mit dem Standpunkt hoffentlich nicht belästigt sondern bereichert haben.

Preisrätsel: Küppersmühle

Welcher Begriff hat sich in Duisburg für das am Boden liegende und verrostende Stahlgerippe eingebürgert, das auf das Silo Museum Küppersmühle/Innenhafen gesetzt werden sollte?



Schurkenkasten Schuhkarton Schuldenturm

Kreuzen Sie den richtigen Begriff an, schneiden Sie den Abdruck entsprechend der gestrichelten Linie aus und senden Sie ihre richtige Lösung bis zum 29.02.2012 an **DIE LINKE, Duisburg, Gravelottestr. 28, 47053 Duisburg, Stichwort »Preisrätsel«**. Der Rechtsweg ist ausgeschlossen. **Unter allen richtigen Einsendungen verlosen wir zweimal je einen Buchgutschein von 20 Euro. Viel Glück!**

Name, Vorname

Straße

PLZ/Ort

E-Mail/Telefon (für Benachrichtigung)

Bitte ausgefüllt senden an: DIE LINKE, Duisburg, Gravelottestr. 28, 47053 Duisburg, Stichwort »Preisrästel«

**MITTWOCH, 22.02.2012
HAUS KONTAKT
DUISBURG-KASSLERFELD**

LINKER ASCHERMITTWOCH

Break Even
Eine Cover-Rockband aus Duisburg
Bei ihren Konzerten ziehen sie durch alle Sparten der Rockwelt und bieten dem Publikum eine ausgewogene Mischung aus Stücken der verschiedenen Stilrichtungen, mal »krachend« wie bei Stücken von Nirvana, Incubus oder Brother Cane, mal etwas ruhiger mit Songs von Bands wie Creed oder Staind. Auch Hits von Nickelback, HIM, Green Day sowie diverser anderer Bands gehören zum Repertoire von Break Even.

Sahra Wagenknecht
Für DIE LINKE im Bundestag und stellv. Fraktionsvorsitzende

**Einlass 18:30 Uhr
Beginn 19:00 Uhr**

**Eintritt 8,00 Euro
DU-Passberechtigte 3,00 Euro**

**Tickets in der
Geschäftsstelle der
LINKEN Duisburg
Gravelottestr. 28
Duisburg-Hochfeld**

Haus Kontakt, Scharnhorststraße 32, 47059 Duisburg

Termine +++ Termine +++

Bezirkliche Haushaltstage 2012

Wie in den Jahren zuvor finden auch dieses Jahr wieder die Duisburger Haushaltstage statt. Dabei wird den Bürgern der Haushalt der Stadt für 2012 in allen sieben Bezirken vorgestellt und erläutert:

Hamborn

07.02.12, 18 Uhr, Abteizentrum

Homborg/Ruhrort/Baerl 06.02.12, 17:00 Uhr, KFZ

Meiderich/Beek

09.02.12, 19:00 Uhr, Bezirksamt

Mitte

09.02.12, 17:00 Uhr Gesamtschule Dellplattz

Rheinhausen

08.02.12, 18:00 Uhr, Bezirksamt

Süd

06.02.12, 18:00 Uhr, Bezirksamt

Walsum

08.02.12, 18:00 Uhr, Bezirksamt

06.02.2012, 19:00 Uhr

Vortrag zu dem Massaker von Sirtak (Türkei-Kurdistan) mit Ali Atalan (MdL) ATIF-Verein, Kaiser-Wilhelm-Straße 284 in Duisburg-Marxloh

08.02.2012, 18:30 Uhr

Mitgliederversammlung DIE LINKE Duisburg, Haus Kontakt, Scharnhorststr. 32, Duisburg-Kaßlerfeld

11.02.2012, ab 10:30 Uhr

Prekäre Beschäftigung in NRW, Herne, Eickeler Markt 1, Bürgersaal Sud- und Treberhaus

12.02.2012, 08:00 bis 18:00 Uhr

Bürgerbegehren OB Abwahl !!!

18.02.2012

Dresden nazifrei, Bus ab Duisburg Hauptbahnhof, Tickets in der Geschäftsstelle der LINKEN, Gravelottestr. 28

25.02.2012

Autobahnaktionstag gegen Castortransporte in Ahaus, Duisburg, Jülich

25.02.2012, 11:00 bis 17:00 Uhr

Das Netz gemeinsam von links stricken. Die Internetseite der Fraktion selbst gestalten, Wintergarten der Fraktion DIE LINKE, Gravelottestraße 28, Duisburg, Infos und Anmeldung unter www.kopfofo-nrw.de

23.03.2012, 15:00 Uhr

bis 24.03.2012, 18:00 Uhr

Unkonferenz Inklusion Herne, Wilhelmstraße 89a, Stadtteilzentrum Pluto

07.04.2012

Ostermarsch Ruhr 2012, 1. Tag: Duisburg bis Düsseldorf, Infos unter www.ostermarsch-ruhr.de

Mehr Termine unter

www.dielinke-duisburg.de
www.linksfraktion-duisburg.de

Impressum

Redaktion Standpunkt
Gravelottestr. 28
47053 Duisburg
Telefon: 02 03 / 98 52 41 99

E-Mail

redaktion_standpunkt_kv_
duisburg@linke-news-nrw.de

Internet

www.dielinke-duisburg.de
www.linksfraktion-duisburg.de

Bankverbindung

Stadtparkasse Duisburg,
BLZ: 350 500 00
Kto. Nr.: 227 006 368

Redaktion

Hermann Dierkes (zugleich v.i.S.d.P.),
Lukas Hirtz, Thomas Keuer, Horst-Werner Rook, Ingrid Wiechert, Sylvia von Häfen.

Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Auflage
20.000

Satz

Mediendepot Ruhr, Duisburg

Druck

BVZ Berliner Zeitungsdruck GmbH, Berlin

Herausgeber

DIE LINKE Kreisverband Duisburg